

DIE TSCHECHOSLOWAKEI UND DIE BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN 1949-1950

Die diesjährige Tagung der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission (19. bis 21. März 2003) war dem Dreiecksverhältnis zwischen der Tschechoslowakei und den beiden 1949 gegründeten deutschen Staaten gewidmet. Für das Verhältnis dieser drei Staaten an der Bruchlinie waren – wie Hans Lemberg (Marburg) in seinem Eröffnungsvortrag über die bipolare Weltordnung und die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen 1949-1989 deutlich machte –, Ereignisse und Erlebnisse der Zeit vor 1949 (das Münchner Abkommen, die Zerschlagung der Tschechoslowakei, die NS-Besatzung, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung) von grundlegender Bedeutung. So sei die ‚doppelte Staatsgründung‘ auf tschechoslowakischer Seite mit gemischten Gefühlen betrachtet worden. Gegen eine Teilung des Landes habe es zwar grundsätzlich keine Einwände

gegeben, dafür aber Befürchtungen, Westdeutschland könnte zum Aufmarschgebiet der ‚imperialistischen Mächte‘ werden. Von deutsch-tschechischen Beziehungen konnte in der frühen Nachkriegszeit zunächst keine Rede sein. 1950 wurde mit dem Prager Protokoll, in dem das Münchner Abkommen für ungültig erklärt und die Vertreibung als gerecht und unwiderruflich bezeichnet wurde, eine Grundlage für die Kontaktaufnahme zwischen der DDR und der Tschechoslowakei geschaffen. Vergleichbares war zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSR nicht möglich – dafür sorgte unter anderem die Hallsteindoktrin. Neben inoffiziellen Kontakten und Reisekontakten habe erst der Vertrag von 1973 zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei, in dem ‚München‘ für nichtig erklärt wurde, die Einrichtung diplomatischer Vertretungen ermöglicht.

Jaroslav Kučera (Prag) gab in seinem Vortrag über die deutschlandpolitischen Probleme in den Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik bzw. der DDR bis Anfang der siebziger Jahre einen Einblick in die komplizierte Thematik der Reparationsforderungen und -verhandlungen. Er wies darauf hin, dass die Reparationsforderungen der ČSR sehr schnell errechnet worden seien, um bei der Reparationskonferenz in Paris Ende 1945 nicht mit leeren Händen dazustehen. An diesen Zahlen (rund 17,5 Milliarden US-Dollar Kriegsschäden) habe es selbst im eigenen Land teilweise Zweifel gegeben, doch sei es nie zu einer auch nur internen Überprüfung der Angaben gekommen, sodass diese bis heute die einzige Bezugsgröße bildeten. In der Diskussion hob Kučera hervor, dass Präsident Beneš ursprünglich geplant habe, ein Junktim zwischen den Reparationen und den Konfiszierungen des Besitzes der Bevölkerung deutscher Nationalität herzustellen. Mit dieser Forderung habe sich Beneš jedoch nicht gegen die tschechoslowakische Regierung durchsetzen können. Denn einerseits sei der Abschied der Deutschen als eine Strafmaßnahme betrachtet worden, für die es keine Entschädigung geben könne, andererseits habe die Befürchtung bestanden, die konfiszierten Vermögenswerte könnten höher sein als die Reparationsforderungen.

Edita Ivaničková (Bratislava) argumentierte in ihrem Vortrag gegen eine allzu starke Betonung der deutschen Staatsgründungen als Bruch in den deutsch-tschechischen Beziehungen. Schließlich hätten viele in diesem Kontext zentrale Ereignisse – wie z.B. die Ausweisung der Deutschen – bereits zuvor stattgefunden. Nach 1949 habe die KPTsch das negative Deutschlandbild auf Westdeutschland projiziert und als eine ihrer ideologischen Waffen eingesetzt, während der DDR pauschal das positive Image des fortschrittlichen Deutschland zugeschrieben wurde. Doch sei das Bild des bösen Deutschland in der Bevölkerung präsenter gewesen als das eines guten Ostdeutschlands.

Volker Zimmermann (Düsseldorf) erweiterte die Perspektive durch eine Untersuchung der Beziehungen der DDR zur Tschechoslowakei und zu Polen. Infolge der Kriegserfahrungen habe zwischen den drei Staaten noch nach der Prager Deklaration und dem Görlitzer Abkommen von 1950 eine Distanz bestanden, indessen hätten die persönlichen Kontakte zwischen einzelnen kommunistischen Funktionären, die sich aus den Jahren der Okkupation und der Emigration kannten, die Kontaktaufnahme auf höchster Ebene anfangs erleichtert. Zu einer Lockerung der Kontakte zwischen Polen und der DDR und einer Annäherung zwischen DDR und

ČSR kam es seit 1956 in Folge der Rückkehr von Władysław Gomułka an die polnische Parteispitze. Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der DDR und der ČSR sei bald die intensivste im sozialistischen Lager gewesen. Seit 1961/62 habe sich aber die Atmosphäre auf höchster Ebene verschlechtert, da die DDR-Funktionäre mit ihren Vorstellungen vom vermeintlich besten Weg zum Sozialismus als arrogant empfunden wurden und sich die Konflikte vor allem in Fragen der Kulturpolitik häuften.

Eduard Nižňanský (Nitra/Neutra) betonte die Bedeutung des Münchner Abkommens für die Propaganda der Tschechoslowakischen kommunistischen Partei. ‚München‘ habe sowohl der Rechtfertigung der eigenen Politik im Land als auch der Legitimierung der außenpolitischen Bindung an die Sowjetunion gedient. Ferner sei es als Symbol für den Niedergang der bürgerlichen Ersten Republik und den ‚Verrat‘ der Bourgeoisie interpretiert worden, aus dem die Notwendigkeit der Einheit der KPTsch abgeleitet wurde.

Jürgen Danyel (Potsdam) setzte die tschechoslowakische Politik zur Wiederbesiedlung der Grenzregionen in Bezug zum deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis und fragte nach der außenpolitischen Bedeutung des Besiedlungsprozesses in den Grenzgebieten. Anders als die Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung habe die Besiedlung die Interessen der Besatzungsmächte nicht tangiert und sei auch nicht von internationalen Rahmenvereinbarungen begleitet worden. Das Besiedlungsamt in Prag habe, so Danyel, die Grenzgebiete als einen Vorposten gegen die Deutschen betrachtet und die Besiedlung dieser Gebiete mit Tschechen und Slowaken als eine nationale Aufgabe aufgefasst. Die politische Vision sei gewesen, in den Grenzgebieten die Überlegenheit über die Deutschen zu demonstrieren. Doch seien die Grenzgebiete nur ein außenpolitischer Schauplatz zweiter Ordnung gewesen.

In der DDR wurden die Interessen und Erinnerungen der Vertriebenen marginalisiert. Kontakte in die ‚alte Heimat‘ seien bis in die frühen sechziger Jahre kaum möglich gewesen. Das änderte sich erst durch die Einführung des visumsfreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und der ČSR.

Im wirtschaftsgeschichtlichen Block beleuchtete zunächst Christoph Buchheim (Mannheim) die Wirtschaftsbeziehungen der Tschechoslowakei mit der Bundesrepublik Deutschland und skizzierte die Außenhandelsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit, in der sich der tschechoslowakische Außenhandel auf den Westen konzentriert und Deutschland als Haupthandelspartner ein Viertel aller tschechoslowakischen Exporte aufgenommen hatte. Nach dem Krieg habe diese Entwicklung umgeschlagen, 1947 seien nur noch 14 Prozent des tschechoslowakischen Außenhandels mit den späteren RGW-Staaten abgewickelt worden. Die Außenhandelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSR normalisierten sich erst allmählich. Sie blieben jedoch auf permanent niedrigem Niveau, und zwar nicht zuletzt weil der Handel mit den sozialistischen Staaten für die kapitalistischen Länder unbedeutend gewesen sei. Nach 1968 – während der so genannten ‚Normalisierung‘ – kaufte die Tschechoslowakei verstärkt Konsumgüter im Westen, was mit einem enormen Anstieg der Zinszahlungen an die Bundesrepublik verbunden war. Probleme für den tschechoslowakischen Außenhandel hätten auch das

Abflauen des wirtschaftlichen Aufschwungs in den westlichen Ländern, das Drängen der Schwellenländer auf die westlichen Märkte sowie die Qualitäts- und Sortimentsmängel der tschechoslowakischen Industrieprodukte nach sich gezogen.

Christoph Boyer (Frankfurt/M.) widmete sich den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der ČSR/ČSSR. Boyer teilte die Entwicklung in drei Phasen ein. Die Phase des sozialistischen Aufbaus in den fünfziger Jahren sei sowohl von zwischenstaatlicher Koordinierung als auch von Doppelproduktionen in beiden Staaten in Folge mangelnder Abstimmung zwischen Außenhandel und innerer betrieblicher Planung geprägt gewesen. In der zweiten Phase, der Zeit der Annäherung in den sechziger Jahren, kam es zu einem Wechsel von extensiver zu intensiver Produktion und zu einer Liberalisierung des Außenhandels, wobei deren Ausmaß unterschiedlich gewesen sei. In der wirtschaftlichen Reformphase in der ČSR hätten die Zentralinstanzen weniger Einfluss auf die Betriebe gehabt als in der DDR, was aber nicht zu einer Inkompatibilitätskrise geführt habe, da dafür die Reformen in der Tschechoslowakei zu schwach ausgeprägt gewesen seien. In der Phase der ‚Normalisierung‘ bzw. des ‚Realsozialismus‘ in den siebziger und achtziger Jahren kam es zu neuen Stabilisierungsstrategien durch die Wiederetablierung der Parteimacht und die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, wobei sich die Konsum- und Sozialstrategien in der DDR dank der Hilfe des ‚großen Bruders‘ im Westen als stabiler und länger anhaltend erwiesen hätten als in der Tschechoslowakei. Resümierend machte Boyer deutlich, dass es sowohl strukturelle Ähnlichkeiten zwischen beiden Staaten gegeben habe als auch eine lange Tradition der Beziehungen, dass aber die Hinwendung der Partner zueinander auch viel zu tun gehabt habe mit einer Abnahme der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Gottfried Niedhart (Mannheim) beschäftigte sich mit der Ostpolitik der Bundesrepublik und der Entspannung des Verhältnisses zur ČSSR. Diese Zeit war von einem relativen Machtverlust der Supermächte USA und Sowjetunion gekennzeichnet und somit von einem wachsenden Gestaltungsspielraum der verbündeten Staaten. Im Unterschied zu anderen Entspannungspolitiken sei die Ostpolitik der Bundesrepublik ein Versuch gewesen, zwei Hypothesen zu beseitigen: die Folgen des Zweiten Weltkrieges und die des Kalten Krieges. Weitere wichtige Aspekte der Ostpolitik waren die Bestätigung des Status quo, also auch die Anerkennung der Hegemonialstellung der Sowjetunion in ihrem Bereich, sowie die vorläufige Ausklammerung strittiger Rechtsfragen. Bis zum August 1968 schien sich, so Niedhart, in den Beziehungen zur Tschechoslowakei ein ‚Wandel durch Annäherung‘ tatsächlich abgezeichnet zu haben.

Oldřich Tůma (Prag) thematisierte den Einfluss von Helsinki auf die Formierung der Dissidentenbewegung in der ČSSR und der DDR. Nach der Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki wurde es in der Tschechoslowakei schwieriger, Regimekritiker zu verfolgen, unter anderem weil die Schlussakte die Basis für die Kritik des amerikanischen State Departments an der Menschenrechtslage in der ČSSR bildete.

Vilém Prečan (Prag) ging mit seinem Beitrag über den eigentlichen Zeitrahmen der Tagung hinaus. Er verglich die demokratischen Revolutionen in der ČSSR und der DDR und verdeutlichte Gemeinsamkeiten wie Unterschiede. Ein wichtiger Unterschied liege in der Geschichte beider Staaten, da die DDR anders als die ČSSR ein

künstliches Produkt der Sowjetunion gewesen sei und daher nach 1989 keine Lebensfähigkeit gehabt hätte. In der Transformation unterschied sich ferner auch die Position der Sowjetunion gegenüber beiden Staaten: Während diese gegenüber der Tschechoslowakei eine eher neutrale Haltung eingenommen habe, seien im Falle der DDR Verhandlungen mit der Sowjetunion erfolgt.

Miroslav Kunštát und Vladimír Handl (beide Prag) thematisierten die Wiedervereinigung Deutschlands und die Haltung in der Tschechoslowakei zu diesem Prozess. Kunštát wies darauf hin, dass es einen großen Unterschied zwischen den Ansichten der politischen Eliten und der öffentlichen Meinung gegeben habe, in der sich die Ängste eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung widerspiegeln, Deutschland könne erneut zur Bedrohung werden. Vladimír Handl hob hervor, dass sich die tschechische Erwartung erfüllt habe, Deutschland werde sich zum wichtigsten, aber nicht zum einzigen Partner entwickeln. Die angstbesetzte Vorstellung einer deutschen Hegemonie in Europa sei indessen nicht Realität geworden.

In vielen Diskussionsbeiträgen wurde deutlich, dass es einen Unterschied sowohl in der Wahrnehmung als auch in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und dem tschechischen bzw. slowakischen Landesteil gab. Dafür gibt es geographische wie historische Ursachen. So besitzt z.B. die Vertriebenenthematik für die Slowaken nicht dieselbe Brisanz wie für die Tschechen.

Insgesamt bot die Konferenz einen interessanten Einblick in verschiedene Aspekte des tschechoslowakisch-deutsch-deutschen Dreiecksverhältnisses in der bipolar geordneten Welt. Die politik- und wirtschaftsgeschichtliche Sicht hätte noch erweitert werden können durch einige alltagsgeschichtliche Aspekte bzw. durch eine stärkere Berücksichtigung kultureller und zwischenmenschlicher Kontakte, die in einigen Vorträgen zumindest am Rande vorkamen. Auch wäre eine intensivere Diskussion von Sichtweisen und Denkmustern der Bevölkerungen in Bezug auf ihre jeweiligen Nachbarn sicher lohnend gewesen. Dass durch die letzten Referate der zeitliche Horizont des Tagungsthemas deutlich überschritten wurde, war indessen kein Nachteil. Vielmehr, darauf wies auch Dušan Kováč (Bratislava) hin, hätte ein weiterer Beitrag zu den deutsch-tschechischen Beziehungen in den neunziger Jahren nicht geschadet.